

Vor der Bundestagswahl

Gesundheitspolitik im Fokus der SPD und CSU

Der Ausgang der Bundestagswahl 2009 ist entscheidend für die weitere Gestaltung des Gesundheitswesens in Deutschland. Damit sich die bayerischen Zahnärzte ein Bild über die gesundheitspolitischen Grundsätze der Parteien machen können, hat die Bayerische Landes Zahnärztekammer Vertreter von CSU, SPD, FDP und Grünen

zum Interview gebeten. Alle Vertreter beantworten die gleichen drei Fragen zu den Problemen, ihren jeweiligen Lösungsansätzen und den Perspektiven im deutschen Gesundheitswesen. In diesem BZB äußern sich Florian Pronold (SPD) und Dr. Peter Ramsauer (CSU) zur Gesundheitspolitik ihrer Parteien.



Frage 1: Worin sehen Sie die Hauptprobleme des deutschen Gesundheitswesens?

Florian Pronold: Trotz hervorragender Qualität der Medizin nehmen Sicherheitsgefühl und Vertrauen in das Gesundheitswesen ab. Die SPD will mehr Solidarität und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle statt Individualisierung und Privatisierung. Der Gesundheitsfonds kann nur eine Zwischenlösung zu einer solidarischen Bürgerversicherung sein und wird nach der Wahl dahingehend verändert.

Frage 2: Welche Konzepte und Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei?

Florian Pronold: Die Sicherstellung der Gesundheit aller ist eine solidarische Aufgabe. Die SPD will die solidarische Bürgerversicherung: Alle Kranken- und Pflegeversicherten sind in ihr versichert. Die medizinisch notwendigen Leistungen werden nach dem Sachleistungsprinzip, also nicht nach Kostenerstattung, gewährt. Jeder Versicherte trägt mit seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit dazu bei. Werden beide Versicherungssysteme (gesetzlich und privat) miteinander verbunden, fließen Milliarden Euro vom privaten ins gesetzliche System – bisher sind die privat Versicherten unzureichend beteiligt. Der Kassenbeitrag von derzeit insgesamt 15,5 Prozent (14,9 Prozent) soll bald wieder je zur Hälfte von Arbeitgebern und -nehmern gezahlt werden. Keine Frage dabei ist, dass gewisse Freiheiten, die insbesondere Zahnärzte betreffen, bestehen bleiben. Es bleiben Möglichkeiten, mit dem Patienten etwas



Florian Pronold (SPD)

Foto: Deutscher Bundestag/Elisabeth Wiesner/foto art

zu vereinbaren, wenn er extra Komfort und Ästhetik will. Schwarz-gelbe Konzepte mit mehr Wahlfreiheiten, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb bedeuten für die Patienten sehr viel mehr Geld für medizinische Dienstleistungen auszugeben als heute und als jeder allein finanziell schultern kann.

Frage 3: Wie kann vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bei zunehmendem medizinischem Fortschritt

Rationierung aufgrund von Geldmangel künftig verhindert werden?

Florian Pronold: Im Zuge des demografischen Wandels wäre es nicht ausreichend, alleine auf Beiträge der Versicherten zu setzen. Die SPD will die Steuerfinanzierung stärken, weil sich damit auch diejenigen am Gesundheitssystem beteiligen, die ihr Einkommen aus Kapitalerträgen erzielen. Um die Bevölkerung, besonders im ländlichen Raum, weiter versorgen zu können, muss die ambulante Versorgung in Bayern gestärkt werden. Konkrete Maßnahmen dazu sind:

- Nur die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung ermöglicht eine realistische, dauerhafte und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, der Gesundheitsfonds kann nur ein Zwischenschritt sein!
- Die SPD will ein Präventionsgesetz, bei dem Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten.
- Die SPD will die regionale Strukturverantwortung stärken und die flächendeckende Allgemein- und Facharztversorgung beibehalten. Die Qualität wird durch regionale Kooperation und Koordination zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen sichergestellt und weiterentwickelt, die Krankenhäuser bleiben verlässlich finanziert.



Frage 1:
Worin sehen Sie die Hauptprobleme des deutschen Gesundheitswesens?

Dr. Peter Ramsauer: Qualität und Umfang der Gesundheitsversorgung in Deutschland sind weltweit führend. Dies beruht vor allem auf der hohen Qualifikation und Leistungsbereitschaft der in der gesundheitlichen Versorgung Beschäftigten. Trotz dieser positiven Rahmenbedingungen ist das deutsche Gesundheitssystem in Gefahr! Permanente staatliche Eingriffe haben in über 25 Jahren zu Budgetierung und einem Übermaß an Reglementierung geführt. Auch wenn jede einzelne Maßnahme für sich begründet gewesen sein mag, so zwingt die Summe der Eingriffe heute zu einer grundlegenden Neuorientierung. Der von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt eingeschlagene Weg führt in eine zentralistisch gesteuerte Staatsmedizin mit Einheitsstrukturen. Dieser Weg verunsichert die Patienten, aber auch die Leistungserbringer – betroffen ist vor allem auch die Ärzteschaft. Die bisher getroffenen Regelungen sind intransparent und bürokratisch, sie benachteiligen gerade die bayerischen Patienten und Ärzte.

Frage 2: Welche Konzepte und Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei?

Dr. Peter Ramsauer: An die Stelle von zunehmendem Zentralismus muss ein bürgerlich-föderales Gesundheitsmodell treten. Oberstes Ziel ist es, die medizinisch erforderliche Versorgung, einschließlich Spitzenmedizin, für jeden Patienten in Deutschland zu gewährleisten, und zwar unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft. Grundlage sind die Regeln einer sozialen Medizinwirtschaft und nicht der zentralistische Ansatz einer Planwirtschaft. Das bürgerlich-föderale Gesundheitsmodell fordert mehr freiheitliche Spielräume ein:

- Therapie statt Bürokratie: Im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung steht der Patient und sein Recht auf freie Arztwahl. Im Krankheitsfall muss er die Möglichkeit haben, sich vom Arzt seines Vertrauens behandeln zu lassen. Im Gegenzug braucht der Arzt die Möglichkeit, dem Patienten die medizinisch erforderliche Therapie verordnen zu können. Der angewachsene Bürokratieaufwand als



Dr. Peter Ramsauer (CSU)

Foto: Laurence Chaperon

Folge der Dokumentationspflichten einer ausufernden Richtlinienmedizin ist nicht mehr akzeptabel.

- Regionalität statt Zentralismus: Zu einem regionalen Gesundheitswesen gehören vor allem die wohnortnahe Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, Apotheker und andere Leistungserbringer, leistungsstarke Krankenhäuser und regionale Krankenkassen. Bei den Leistungvergütungen müssen vor allem auch die regionalen Versorgungs- und Kostenstrukturen berücksichtigt werden.
- Entideologisierung der Krankenversicherung: Die Finanzierung der Krankenversicherung muss entideologisiert werden. Die Diskussionen der Vergangenheit um „Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ haben uns nicht vorangebracht. Dies beweist die aktuelle Diskussion um die Honorarreform.
- Nicht zuletzt steht die CSU für den Erhalt der privaten Krankenversicherung als Bestandteil eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Zwangssysteme haben auf Dauer immer Qualitätseinbußen zur Folge. Die CSU wird entschieden dafür eintreten, dass bei der künftig zu entwickelnden Gebührenordnung im privatärztlichen Bereich Leistungen angemessen honoriert werden.

Frage 3: Wie kann vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bei zunehmendem medizinischem Fortschritt Rationierung aufgrund von Geldmangel verhindert werden?

Dr. Peter Ramsauer: Erklärtes Ziel der CSU bleibt die Teilhabe aller Versicherten am medizinischen Fortschritt. Dies alles kostet viel Geld. Auf Dauer werden die steigenden Gesundheitskosten nicht ganz überwiegend von den Beitragszahlern, also Arbeitnehmern und Arbeitgebern, geschultert werden können. Zur Ehrlichkeit gehört deshalb die Feststellung, dass wir alle uns – trotz politisch gebotener Einsparbemühungen – auf weiter ansteigende Gesundheitsaufwendungen einstellen müssen. Die Alternative wäre eine deutliche Einschränkung von Gesundheitsleistungen. Dies jedoch findet zu Recht keine gesellschaftliche Akzeptanz.



In der nächsten Ausgabe des Bayerischen Zahnärzteblatts äußern sich Vertreter der FDP und der Grünen zur jeweiligen Gesundheitspolitik ihrer Parteien.

